

## Notizen

Im vergangenen Jahr konnten die evangelischen Landeskirchen in der Bundesrepublik eine *Rekordeinnahme an Kirchensteuern* von etwa 7,6 Milliarden Mark verbuchen. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dieses Ergebnis eine Steigerung um rund 16 Prozent. Die rheinische Landeskirche nimmt dabei mit einem Zuwachs von 14,7 Prozent innerhalb der EKD die Spitzenstellung ein. Der evangelische Kirchensteuerzahler hat demnach durchschnittlich 296 Mark an Kirchensteuern bezahlt. Ursache für die unerwartete Entwicklung waren die relativ hohen Tarifabschlüsse, eine insgesamt gute Konjunktur und der Anstieg der Beschäftigtenzahl um etwa eine Million nach der deutschen Einigung. Die finanziellen Einbußen durch etwa eine Viertelmillion Kirchaustritte 1991 konnten somit ausgeglichen werden.

Als zunehmend störend für die Glaubwürdigkeit der Kirche bezeichnet der Bielefelder Soziologe *Franz-Xaver Kaufmann* in einem Interview mit der Katholischen Nachrichten-Agentur (11. 9. 92) den *römischen Zentralismus*. Rein technisch sei es heute zwar möglich, wesentlich mehr Entscheidungen zu zentralisieren, als dies früher der Fall gewesen sei. Eine solche übertriebene Zentralisierung gehe jedoch aus soziologischer Sicht in der Regel auf Kosten der Effektivität vor Ort. Theoretisch könne beispielsweise in Rom eine Datenbank über alle Theologen der Welt aufgebaut werden. Die Kontrolle der Welttheologie sei somit rein technisch heute viel einfacher als vor 100 Jahren. Aber gerade deshalb sei sie auch viel problematischer.

Nachdem der Vatikan im Januar dieses Jahres die diplomatische Anerkennung Kroatiens und Sloweniens ausgesprochen hat (vgl. HK Februar 1992, 100), nahm er in der letzten Augustwoche auch diplomatische Beziehungen zu Bosnien-Herzegowina auf. In der ehemals jugoslawischen Republik wird damit eine Apostolische Nuntiatur errichtet, während diese einen Botschafter beim Heiligen Stuhl entsendet. In einem vatikanischen Kommuniké heißt es dazu, mit der Errichtung sei der Wunsch verbunden, daß die Anwesenheit eines Vertreters des Papstes zu einem Ende der gegenwärtigen Tragödie beitragen möge. Zur Zeit der Anerkennung hielt sich der Präsident des Päpstlichen Rates „Cor Unum“, Kardinal *Roger Etchegaray*, zu einem Informationsbesuch in Bosnien auf. Beeindruckt von den Zerstörungen in Sarajevo äußerte Etchegaray die Hoffnung, daß die Hilfsmaßnahmen kirchlicher Organisationen für Bosnien noch intensiviert werden können.

Der Vorsitzende der französischen Bischofskonferenz, der Erzbischof von

Rouen, *Joseph Duval*, äußerte sich in einem Interview mit der Pariser Tageszeitung „Le Monde“ (9. 9. 92) zur Lage in Europa am Vorabend des französischen Referendums zu den Verträgen von Maastricht sowie angesichts des Jugoslawienkonflikts. Europa befinde sich gegenwärtig vor einer doppelten Gefahr: zum einen vor einer Fragmentierung aufgrund einer erneuten Versuchung durch überzogenen Ethnozentrismus („tribalismus“) sowie zum anderen vor einem „inneren Auseinanderbrechen unserer Gesellschaften“. Aufgrund dieser zweifachen Herausforderung seien sowohl die Werte der Solidarität als auch die Würde der Person in Frage gestellt. Nicht jedes europäische Land verfüge für sich allein über das nötige Gewicht und die Möglichkeiten, sich dieser doppelten Herausforderung zu stellen.

Durch Indiskretion wurde wenige Monate vor der abschließenden Beratung durch die US-Bischofskonferenz der vierte Entwurf des *Frauenhirtenbriefs der US-Bischöfe* bekannt (Wortlaut in: *Origins*, 10. 9. 92). Wegen der z. T. erheblichen Abänderungen gegenüber früheren Entwürfen und einer massiven Rücknahme früher eingenommener Positionen löste dieser Entwurf heftige Reaktionen in der kirchlichen Öffentlichkeit der USA aus. In der Frage der Priesterweihe für Frauen, die in den Vereinigten Staaten wie eine Art Lackmustest für die Bereitschaft der US-Bischöfe gelesen wird, sich neuen Fragen zu öffnen, machen sich die Bischöfe diesmal unzweideutig die traditionelle Begründung für den Ausschluß der Frau vom Priesteramt zu eigen. Die bisher verwendete zentrale Kategorie des Sexismus zur Beschreibung der Unterdrückungssituation von Frauen wurde deutlich zurückgenommen.

Zahlreiche *protestantische Kirchen in den USA* plagen *Finanzprobleme*. Wie die evangelische Kirchenzeitung „The Lutheran“ berichtete, hat dies vor allem zwei Gründe: Zum einen sinke die Mitgliederzahl einiger Kirchen, z. B. der Episkopalkirche, der Presbyterianischen Kirche, der Vereinigten Kirche Christi sowie der Vereinigten Methodistischen Kirche. So sei etwa die Mitgliederzahl der Episkopalkirche seit 1965 von 3,5 Millionen auf 2,4 Millionen gefallen. Zum anderen aber seien die Gemeinden immer weniger bereit, den Kirchenzentralen Geld zur Verfügung zu stellen, und finanzierten lieber eigene Projekte. Nach einer Untersuchung des Nationalen Kirchenrates, der größten ökumenischen Organisation des Landes, betrieben mehr als die Hälfte der Gemeinden von 32 protestantischen und orthodoxen Mitgliedskirchen lokale Hilfsprogramme. Die Kirchen müßten sich fragen lassen, so „The Lutheran“, wofür ihre zunehmend geschwächten nationalen Organisationen noch dienen sollen.

In das neu eingerichtete Bischofsamt der Evangelisch-Methodistischen Kirche in den GUS-Staaten wurde der bisherige Bischof der ostdeutschen Methodisten, *Rüdiger Minor*, berufen. Den Beschluß, ein eigenes Bischofsamt mit Sitz in Moskau einzurichten, hatte die methodistische Kirche gefaßt, nachdem ihre Arbeit in den verstreuten Gemeinden in der ehemaligen Sowjetunion nach eigenen Angaben massiv behindert worden war. In einem Interview der in Dresden erscheinenden evangelischen Zeitschrift „Der Sonntag“ wies Minor auf die erheblichen Spannungen zwischen seiner und der russisch-orthodoxen Kirche hin.

Zur gegenwärtigen *Verfassungsdebatte in Kanada* hat sich der Ständige Rat der *kanadischen Bischofskonferenz* in einer Botschaft an die Katholiken des Landes geäußert. Nach langwierigen Verhandlungen wurde vor kurzem eine Einigung über ein Reformpaket erzielt, das sowohl den Wünschen der französischsprachigen Provinz Quebec entgegenkommt als auch die Rechte der Indianer und Eskimos als Ureinwohner Kanadas aufwertet. Ende Oktober werden die Kanadier über diese Verfassungsreform abstimmen. Die Bischöfe gehen in ihrer Botschaft nicht auf rechtliche Einzelfragen der Reform ein, sondern beschränken sich auf allgemeine Werte und Grundsätze, die ihrer Meinung nach in jedem Fall berücksichtigt werden sollten. Die künftige Staatsstruktur Kanadas dürfe nicht die bittere Frucht bloßer Toleranz und noch weniger von Resignation oder Unterwerfung sein. Die staatliche Gemeinschaft müsse als ein Ganzes von Beziehungen gestaltet werden, die auf Treue, Entwicklung und gegenseitige Unterstützung gegründet seien. Es komme darauf an, eine Ordnung zu finden, die Einheit in der Vielfalt ermögliche.

Das zwischen den Regierungen Mexikos, der USA und Kanadas abgeschlossene, in den einzelnen Länderparlamenten aber noch nicht ratifizierte *Freihandelsabkommen* (Nafta) wurde von der *mexikanischen Bischofskonferenz* scharf kritisiert. Das Abkommen sei „hinter dem Rücken“ des mexikanischen Volkes ausgehandelt worden und diene nur den Interessen der reichen Minderheit, erklärte der Vorsitzende der Bischöflichen Sozialkommission und Erzbischof von Oaxaca, *Héctor González Martínez*. Das Freihandelsabkommen verschärfe so noch eine Situation, die ohnehin durch die fortdauernde Verletzung der Menschenrechte bestimmt sei.

Beilagenhinweis:

*Dieser Ausgabe sind ein Prospekt des Verlages Butzon & Bercker, Kevelaer, eine Verlegerbeilage und einem Teil der Auflage ein Prospekt von Missio - Internationales Katholisches Missionswerk, München, beigelegt.*